

Diskussionen über den Wohlfahrtsstaat der Zukunft

aus: *Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, 2. Aufl. Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2005, ISBN 3-531-14848-6, 318 Seiten, geb. 24,90 EUR*

Die soziale Gerechtigkeit – Grundwert oder Standortrisiko?

Für neoliberale Theoretiker wie Norbert Berthold stellt die soziale Gerechtigkeit, wenn man sie im Rahmen eines Wohlfahrtsstaates institutionalisiert und als Wert verabsolutiert, ein Standortrisiko dar: „Alles in allem gefährdet der Sozialstaat mit der verstärkten Produktion des Gutes ‚Gerechtigkeit‘ zunehmend seine eigene ökonomische Basis, weil er letztlich die Quellen des Wohlstandes zum Versiegen bringt.“¹ Je stärker sich Sozialdemokrat(inn)en auf die Standortlogik kaprizierten und Argumentationsmuster ihrer liberalkonservativen Gegner adaptierten, umso mehr imitierten sie bloß noch deren Kritik am modernen Wohlfahrtsstaat, wenngleich sie im Einzelfall überzeugt sein mochten, eine abweichende Position diesen gegenüber zu beziehen.

Die „neuen“ Sozialdemokraten sind keine Fundamentalkritiker des Sozialstaates, halten jedoch seine Strukturen für kontraproduktiv. Jürgen Kocka verbindet das Lob für die Erfolge der Vergangenheit mit einer negativen Einschätzung der Zukunftsaussichten: „Der Sozialstaat ist nicht gescheitert, ganz im Gegenteil. Aber er ist unter heutigen Bedingungen an seine Grenzen geraten. Er bringt seit langem Wirkungen hervor, die niemand intendiert, er wird zum Teil der Probleme, statt sie zu lösen.“² Fast klingt es, als müsse der Wohlfahrtsstaat gegen die Wirkungen seines Handelns in Schutz genommen werden. Kocka möchte „mehr Solidarität bei weniger Staat“ bewerkstelligen, was durch die Förderung der „Bürger-“ bzw. „Zivilgesellschaft“ geschehen soll.

In der „zivilen Bürgergesellschaft“, die Gerhard Schröder anstrebt, steht der Gerechtigkeitsgedanke zwar im Vordergrund. Er bezieht sich jedoch nicht mehr auf *Verteilungsgerechtigkeit*, die Schröder als mittlerweile von der gesellschaftlichen Entwicklung überholt gilt: „Gerade weil (...) die Herstellung und Bewahrung sozialer Gerechtigkeit in einem umfassenden Sinne oberstes Ziel sozialdemokratischer Politik ist und bleibt, können wir uns nicht mehr auf Verteilungsgerechtigkeit beschränken. Dies geht schon deshalb nicht, weil eine Ausweitung der Sozialhaushalte nicht zu erwarten und übrigens auch

¹ Norbert Berthold, Sozialstaat und marktwirtschaftliche Ordnung – Ökonomische Theorie des Sozialstaates, in: Karl-Hans Hartwig (Hrsg.), Alternativen der sozialen Sicherung – Umbau des Sozialstaates, Baden-Baden/Hamburg 1997, S. 28

² Jürgen Kocka, Linke Prinzipien nach dem Sozialismus, a.a.O., S. 50

nicht erstrebenswert ist. Für die soziale Gerechtigkeit in der Wissens- und Informationsgesellschaft ist vor allem die Herstellung von Chancengerechtigkeit entscheidend.“³

Zu fragen wäre freilich, weshalb ausgerechnet zu einer Zeit, wo das Geld in allen Lebensbereichen wichtiger als früher, aber auch ungleicher denn je auf die einzelnen Klassen, Bevölkerungsschichten und Menschen verteilt ist, sein Gewicht für deren Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben gesunken sein soll. Dass die Berufung auf das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit heute (selbst in sozialdemokratischen Kreisen und Programmdiskussionen) ziemlich unpopulär ist, führt Klaus-Bernhard Roy darauf zurück, dass sich damit die „Hinterfragung von marktvermittelter Ungleichheit“ verbindet.⁴ Irene Becker wiederum hebt hervor, dass die Gleichheit der Startchancen ohne weitgehende Bedarfsgerechtigkeit nicht realisierbar ist.⁵

Harald Schartau, damaliger Vorsitzender der nordrhein-westfälischen SPD und Landesminister für Wirtschaft und Arbeit, äußerte die Meinung, dass Umverteilungspolitik im Zeichen der Globalisierung, wo die unterschiedlichen Wirtschaftsstandorte miteinander konkurrieren, weder zu Vollbeschäftigung noch zu sozialer Gerechtigkeit führe: „Notwendig ist eine Neuinterpretation von sozialer Gerechtigkeit für die heutige Zeit, um marktwirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit besser in Einklang bringen zu können. Dabei helfen uns nicht die alten Ideologien.“⁶ Schartaus Kabinettskollege und damaliger nordrhein-westfälischer Ministerpräsident Peer Steinbrück nahm eine völlige Deformation des Gerechtigkeitsbegriffs vor und brach im Grunde mit dem Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes, als er die soziale Gerechtigkeit auf die Sorge des Staates um die Leistungsträger verkürzte: „Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um sie – muss sich Politik kümmern.“⁷

Der gültige sozialdemokratische Gerechtigkeitsbegriff müsse nicht über Bord geworfen, allerdings „realistisch geläutert“ werden, konstatierte demgegenüber Thomas Meyer: „Gerechtigkeit ist nicht

³ Gerhard Schröder, Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, in: NG/FH 4/2000, S. 203

⁴ Siehe Klaus-Bernhard Roy, Verteilungsgerechtigkeit, in: Politische Bildung 2/2001, S. 9

⁵ Vgl. Irene Becker, Soziale Gerechtigkeit und Privatisierung von Sicherungssystemen, in: WSI-Mitteilungen 9/2004, S. 475

⁶ Harald Schartau, Pragmatisch denken. Über die Grundlagen einer sozialdemokratischen Wachstumsstrategie, in: FR v. 29.8.2003

⁷ Peer Steinbrück, Etwas mehr Dynamik bitte. Soziale Gerechtigkeit heißt heute: Der Staat muss mehr Geld in Bildung und Familien investieren. Für Gesundheit, Alter und Pflege hingegen werden die Bürger stärker selbst vorsorgen müssen, in: Die Zeit v. 13.11.2003

Gleichheit, sondern die Schaffung fairer Chancen für die Freiheit aller.“⁸ Somit könne zwar die Einkommensgleichheit kein Primärziel sozialdemokratischer Politik sein, wohl aber die Besteuerung leistungsloser und unproduktiver Einkommen. Das biblische Motto „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ wird allerdings nie auf Kapitaleigentümer und begüterte Müßiggänger, vielmehr immer stärker auf Arbeitslose und Bezieher/innen von Sozialtransfers bezogen. „Umverteilung zur Herstellung von Gleichheit ist inzwischen so gut wie tabuisiert.“⁹

Der sozialdemokratische Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel möchte den philosophischen Diskurs über die soziale Gerechtigkeit stärker mit der politischen Debatte verbinden. Merkel nennt zwei Gründe dafür, dass der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ seit Mitte der 1990er-Jahre wieder zu einem Topos des politischen Denkens und zum Bestandteil der Agenden sozialdemokratischer Regierungen geworden sei: „Zum einen hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den beiden vergangenen Dekaden auch in den entwickelten Industriestaaten vertieft. Zum anderen steht der Sozialstaat des kontinentalen Europas in den nächsten Jahrzehnten unter dem Druck von Globalisierung, Individualisierung und Demographie vor bedeutenden Umstrukturierungen.“¹⁰ Deutschland erscheint Merkel als Prototyp des „unsozialen“ Sozialstaates, schreibt er doch, auf die Bundesrepublik bezogen: „Ein Sozialstaat, der über Grundeinkommen, großzügige (!?) Sozialhilfen, locker definierte Zumutbarkeitskriterien die Nichtaufnahme von Erwerbsarbeit ermöglicht oder dazu anreizt und gleichzeitig durch vermeintlich soziale Regulierungen den Arbeitsmarkt gegenüber den *Outsiders* abriegelt, ist aus dieser Perspektive sozial ungerecht.“¹¹

Bei der Legitimation ihrer Forderung nach grundlegenden Reformen und einem Um- bzw. Abbau des Sozialstaates stützten sich die sozialdemokratischen „Modernisierer“ überwiegend auf die fast schon „klassisch“ zu nennende Gerechtigkeitstheorie des US-amerikanischen Sozialphilosophen John Rawls. Rawls umreißt seine Konzeption in zwei Kernthesen – dem *Gleichheitsgrundsatz*, wonach jedermann gleiches Recht auf das umfangreichste, für alle mögliche Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten hat, einerseits und dem *Differenzprinzip* andererseits: Soziale und ökonomische Ungleichheiten müssen demnach nicht nur „den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil“ verschaffen, sondern

⁸ Thomas Meyer, Soziale Demokratie statt demokratischer Sozialismus. Alte SPD und neue Realität: Ketzereien eines bekennenden Sozialdemokraten, in: FR v. 19.8.2003

⁹ Stephan Hebel, Reform-Sprech. Wie sich der Neoliberalismus seine Begriffe sichert, in: Ulrich Müller/Sven Giegold/Malte Arhelger (Hrsg.), Gesteuerte Demokratie? – Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen, Hamburg 2004, S. 100

¹⁰ Wolfgang Merkel, Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus, in: Berliner Journal für Soziologie 2/2001, S. 135

¹¹ Ebd., S. 142 (Hervorh. im Original)

auch „mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen gemäß fairer Chancengleichheit“ offen stehen.¹²

Typisch für die Rawls'sche Gerechtigkeitstheorie ist das folgende Postulat: „Alle sozialen Werte – Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung – sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht.“¹³ Dass die soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft zunimmt, ist für Rawls dann, allerdings auch nur dann gerechtfertigt, wenn deren Mitglieder davon ausnahmslos im Hinblick auf ihre persönliche Lage profitieren: „Falls bestimmte Ungleichheiten des Reichtums und der Macht jeden besser stellen als in dem angenommenen Ausgangszustand, stimmen sie mit der allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellung überein.“¹⁴

Ungleichheiten rechtfertigen sich Rawls zufolge durch Vorteile für die Benachteiligten. Rawls' sog. Maximin-Regel ist deshalb wirklichkeitsfremd, weil sich kein Entscheidungsträger im Kapitalismus auf den Standpunkt der in diesem Gesellschaftssystem schwächsten Mitglieder stellt und sich fragt, wie deren Situation am ehesten verbessert werden kann. Zweifelhaft ist zudem, ob kleine Fortschritte für Unterprivilegierte die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich tatsächlich aufwiegen, zumal sie oft kaum ins Gewicht fallen. Um es an einem Beispiel aus der sozialdemokratischen Regierungspraxis zu verdeutlichen: Aufgrund der Wirtschafts- und Sozialpolitik von New Labour hat zwar die absolute Armut in Großbritannien seit Tony Blairs Amtsantritt 1997 ab-, die gesellschaftliche Ungleichheit jedoch zugenommen.¹⁵ Anders gesagt: Die weniger Armen bewegen sich seither in einem Umfeld noch größeren Reichtums, was ihre Probleme eher verstärkt, weil sich z.B. der Konsumdruck – vor allem für Kinder und Jugendliche – verschärft und es für sie schwieriger wird, bei Statussymbolen mitzuhalten.

Die soziale Gerechtigkeit als „Fairness“ zu definieren, wie dies Rawls tut,¹⁶ bedeutet im Grunde, sie auf ein formales Verfahrensprinzip zu reduzieren und inhaltlich, d.h. hinsichtlich ihres materiellen Gehalts und der gesellschaftspolitischen Konsequenzen, zu kastrieren. Auf der Suche nach durchweg akzeptierten und allgemein verbindlichen Gerechtigkeitsprinzipien löst Rawls die Letzteren von den real existierenden Interessen(gegensätzen), indem er die Individuen gedanklich in einen imaginären Urzustand geradezu paradiesischer Gleichheit versetzt, wo sie noch nicht wissen, welche Position in der Gesellschaft sie anschließend einnehmen werden. In seinem allzu kühnen Gedankenexperiment verbirgt sich hinter dem „Schleier der Unwissenheit“ eine reale Welt voller Interessengegensätze, die

¹² Siehe John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, 8. Aufl. Frankfurt am Main 1994, S. 336

¹³ Ebd., S. 83

¹⁴ Ebd., S. 84

¹⁵ Vgl. Oliver Nachtwey, Blair paradox, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2005, S. 397

eine fundierte und sachorientierte Theorie der Gerechtigkeit berücksichtigen muss. Erstens hält Klaus-Bernhard Roy das „scheinbar neutrale Modell einer dann möglichen rationalen Entscheidungsfindung als Grundlage von Gerechtigkeitskonzeptionen“ für ausgesprochen trügerisch: „Und zweitens verstellt die Ausblendung ungleicher Lebenslagen, Marktzugangschancen und ökonomischer wie politischer Machtdiskrepanzen den Blick auf die De-facto-Verteilung von sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklungschancen in einer Gesellschaft.“¹⁷

Die sozialliberale Gerechtigkeitstheorie eines John Rawls wird jedoch pervertiert, wenn man sie für marktradikale Positionen instrumentalisiert. Obwohl er kein Neoliberaler war, rekurren Neoliberale auf das Differenzprinzip, um ihren Gerechtigkeitsbegriff zu formulieren: „Ungleichheit wird zur zentralen Triebkraft der ökonomischen Wachstumsdynamik erklärt, die Ergebnisse des Wachstums sollen allen zugute kommen.“¹⁸ Urs Müller-Plantenberg weist darauf hin, dass Rawls mit seinem Differenzprinzip ursprünglich auf die „Begrenzung der Erlaubnis von Ungleichheiten“ abzielte, im Laufe der Zeit aber ein Bedeutungswandel eingetreten sei: „In einer Welt, in der inzwischen die neue Sozialdemokratie ohne Rücksicht auf die Aussichten der Ärmsten aller Welt zuruft: ‚Bereichert euch!‘, in einer solchen Welt erscheint Rawls zunehmend als extremer Egalitarist.“¹⁹

Wolfgang Merkel ist sich durchaus der Paradoxie bewusst, die darin besteht, dass er mit Rawls der modernen Sozialdemokratie ausgerechnet einen Liberalen als „neuen Cheftheoretiker“ für eine Generalrevision ihres Gerechtigkeitsverständnisses empfiehlt.²⁰ Merkel legt eine Prioritätenliste der Gerechtigkeitsziele fest, die eine moderne Sozialdemokratie seiner Ansicht nach verfolgen muss. An erster Stelle rangiert die Verhinderung von Armut; ihr nachgeordnet sind: ein höchstmöglicher Ausbildungsstandard, der auch auf Kosten einer zusätzlichen öffentlichen Verschuldung oder von Umschichtungen im Sozialetat gehen darf; eine hohe Arbeitsmarktinklusio, für die eine Absenkung bzw. Reorganisation „hinderlicher“ Sicherheitsstandards in Kauf genommen wird; die Garantie sozialer Sicherheitsstandards, verbunden mit einer Verschärfung der Pflicht zur (Wieder-)Aufnahme von Arbeit; schließlich die Verringerung der bestehenden Einkommens- und Vermögensspreizung.²¹

¹⁶ Vgl. John Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf*, Frankfurt am Main 2003

¹⁷ Klaus-Bernhard Roy, *Verteilungsgerechtigkeit*, a.a.O., S. 12

¹⁸ Horst Peter/Reinhold Rünker, *Gerechtigkeit. Einleitung zum Schwerpunkt*, in: spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 133 (2003), S. 12

¹⁹ Urs Müller-Plantenberg, *Rawls weltweit*, in: PROKLA 121 (2000), S. 614

²⁰ Vgl. Wolfgang Merkel, *Die Sozialdemokratie vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: politische Handlungsräume und soziale Gerechtigkeit*, in: Wolfgang Schroeder (Hrsg.), *Neue Balance zwischen Markt und Staat?*, a.a.O., S. 84

²¹ Siehe ebd., S. 86

Gerecht ist für Nina Hauer alles, was Arbeit schafft: „Ziel und Aufgabe sozialdemokratischer Politik müssen sein, für die größte Zahl von Menschen die größte Zahl von Chancen zu eröffnen, damit sie in die Lage versetzt werden, ihr Einkommen und ihr Vermögen aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Nicht die Höhe von Transferleistungen ist hierfür entscheidend, sondern das, was ein sozialer Staat leisten kann, um Chancengerechtigkeit herzustellen.“²² Auch hier gibt es inhaltliche Berührungspunkte zum Neoliberalismus, zum Nationalsozialismus und zum Deutschnationalismus, dessen Hauptprotagonist und Medienzar Alfred Hugenberg im Februar 1932 Zeitungsanzeigen mit der Behauptung „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ schalten ließ, was die damalige Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion ebenso wenig zu stören schien wie den nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Jürgen Rüttgers, der seine Wahlkampagne als Spitzenkandidat seiner Partei im Frühjahr 2005 unter dasselbe Motto stellte. „Für den Liberalismus“, schrieb Wolfgang Kersting bereits am 17. August 1998 in der FAZ, „ist die effektivste Sozialpolitik die Schaffung von Arbeitsplätzen.“²³ Gar nicht mehr gestellt wird dabei die Frage nach dem Sinngehalt von Lohnarbeit, den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung, vom Anspruch der Stellenbewerber/innen auf Berufs- und Qualifikationsschutz ganz zu schweigen.

Rolf G. Heinze bezieht Gerechtigkeit im kommunitaristischen Sinne auf das Gemeinwohl und betont: „Gerecht ist vor allem, was die Funktionsweise des gesamten Sicherungssystems gewährleistet und die wirtschaftlichen Chancen erweitert.“²⁴ Umverteilung sei kein Maßstab, sondern höchstens ein Resultat von Sozialpolitik. Heinze hält einzelne Leistungskürzungen für gerechtfertigt und auch gerecht, sofern sie „übergeordneten Zielen“ dienen. Hatten die Sozialdemokraten früher darüber nachgedacht, wie sie soziale Ungleichheiten um der Gerechtigkeit willen beseitigen könnten, reflektierten ihre Hauptrepräsentanten und führende Parteitheoretiker wie Jürgen Kocka, Wolfgang Merkel oder Thomas Meyer jetzt, welche Ungleichheiten gerechtfertigt seien. Während man zum Teil in sehr allgemeiner und abstrakter Form über „gerechtfertigte Ungleichheiten“ räsonierte, mehrten und verfestigten sich im Regierungsalltag die ungerechtfertigten.

Die sozialdemokratische Gerechtigkeitsdebatte kreiste um die Frage, wie man Verteilungsgerechtigkeit entweder von Bedarfs- auf Leistungsgerechtigkeit zurechtstutzen oder im Zeichen der Globalisierung für obsolet oder jedenfalls nachrangig erklären und einen neuen Gerechtigkeitstyp kreieren kann, als dessen Ausdruck dann die rot-grüne Regierungspraxis erschien. Wolfgang Streeck definierte Sozialpolitik als „Beitrag zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Stand- und Wohnorts im Kampf

²² Nina Hauer, Gerecht ist, was Arbeit schafft, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie (Hrsg.), Die neue SPD, a.a.O., S. 198

²³ Wolfgang Kersting, Der Glaube an die Allmacht Geld. Unser Wohlfahrtsstaat ist von der Voraussetzung der Marktwirtschaft zu deren Albtraum geworden, in: FAZ v. 17.8.1998

²⁴ Rolf G. Heinze, Vom statuskonservierenden zum sozialinvestiven Sozialstaat, a.a.O., S. 268

um Absatzmärkte, Investitionen und Arbeitsplätze“, sprach im selben Atemzug von einer – mehr als paradox anmutenden – „Wettbewerbssolidarität“ und ordnete damit selbst die soziale Gerechtigkeit der Konkurrenz unter.²⁵

Als ob die Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen keine Selbstvorsorge der Arbeitnehmer/innen wäre, verlangte Matthias Machnig, früher Bundesgeschäftsführer der SPD, nicht nur eine „Kultur der Eigenverantwortung“, sondern forderte auch, dass die „neue Gerechtigkeitspolitik“ den „Prinzipien der Nachhaltigkeit und des intergenerativen Ausgleichs“ gehorchen müsse, weil die heutige Generation einschließlich der Alten zu sehr auf Kosten der nächsten und übernächsten Generation lebe: „Die bislang praktizierte Indifferenz gegenüber den nachwachsenden Generationen drückt sich vor allem in der immer weiter wachsenden öffentlichen Verschuldung aus, die für unsere Kinder und Kindeskiner eine kaum zu ertragende Hypothek darstellt.“²⁶

Damit tat Machnig so, als hätten *künftige Generationen* hohe Schuldenberge abzutragen. Tatsächlich lastet der Schuldendienst aber nur auf *einem Teil* der Heranwachsenden; *ein anderer* erhält viel mehr Zinsen aus (geerbten) Schuldverschreibungen des Staates, als er selbst an Steuern zahlt, und profitiert sogar von Budgetdefiziten, die heute entstehen. Norbert Reuter weist überzeugend nach, dass aus der Staatsverschuldung sowohl Forderungen wie Verbindlichkeiten resultieren und *beide* Größen an die nächste Generation „vererbt“ werden. Blicke man getrennt auf die gegenwärtige oder auf die folgende Generation, liege „immer ein gesamtwirtschaftliches Nullsummenspiel vor. Mit einem Verweis auf kollektive finanzielle Belastungen künftiger Generationen lässt sich der gegenwärtige Abbau der Staatsverschuldung somit nicht begründen.“²⁷

Gerhard Schröder bekannte sich gleichfalls zum Prinzip der Nachhaltigkeit, das er als Wesenselement seines Gerechtigkeitsbegriffs betrachtete: „Bloße Umverteilung wirtschaftlicher Güter und Gelder ist nicht per se ‚gerecht‘. Gerechtigkeit muss auch zwischen den Generationen geschaffen werden – weshalb zum Beispiel eine Politik der ausufernden Staatsverschuldung eine grobe Ungerechtigkeit gegen unsere Kinder und Enkel ist.“²⁸ Durch solche Parolen wie „Nachhaltigkeit im finanzpolitischen Bereich“ und „Generationengerechtigkeit“ rechtfertigte man eine Politik der Haushaltskonsolidierung, die paradoxerweise gerade für Kinder und Jugendliche negative Folgen zeitigte, weil hauptsächlich den

²⁵ Siehe Wolfgang Streeck, Wohlfahrtsstaat und Markt als moralische Einrichtungen. Ein Kommentar, in: Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), Die beste aller Welten? – Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat. Eine Kontroverse, Frankfurt am Main/New York 2001, S. 159

²⁶ Matthias Machnig, Essay: Fassbrause für alle! – Soziale Gerechtigkeit neu definieren, in: Die Welt v. 12.8.2003

²⁷ Norbert Reuter, Generationengerechtigkeit als Richtschnur der Wirtschaftspolitik?, in: Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit, a.a.O., S. 85

sie betreffenden Bereichen wie Schule und Hochschule nicht mehr die benötigten Mittel zuflossen. Gerd Mielke hält die These, man könne die staatliche Orientierung auf *Verteilungsgerechtigkeit* durch neue Zielmarken wie Chancengleichheit, *Generationengerechtigkeit* oder Erwerb von Sozialkapital ersetzen, ohne dabei an Qualität einzubüßen, für eine politische Milchmädchenrechnung: „Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit sind – das zeigt etwa die Soziologie der Bildungsabschlüsse – zwei Seiten derselben Medaille.“²⁹

Bei der *Begriffserweiterung*, die führende Sozialdemokrat(inn)en forderten, handelte es sich um eine *inhaltliche Verkürzung* des Gerechtigkeitsbegriffs. Die selbst in den Armuts- und Reichtumsberichten der rot-grünen Bundesregierung dokumentierte Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung wurde damit akzeptiert. Sie sollte nur noch korrigiert werden, indem sozial Benachteiligte (bessere) Chancen erhielten, künftig gleichfalls ein (Arbeits-)Einkommen zu erzielen und im Ausnahmefall sogar ein kleines Vermögen zu bilden, was am Grundproblem des Auseinanderklaffens von Arm und Reich freilich wenig ändern würde.

Nichts spricht dagegen, Verteilungs- durch Teilhabegerechtigkeit zu *ergänzen*, die Zielsetzung der sozialdemokratischen „Modernisierer“ wird aber erkennbarer, wenn Jürgen Kocka hervorhebt, dass Letztere die Ersteren *ersetzen* müsse: „Mehr Teilhabegerechtigkeit ist derzeit nur durch einen Verzicht auf mehr Verteilungsgerechtigkeit zu haben.“³⁰ So sinnvoll die Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs in Richtung von „Teilhabe-“ oder „Beteiligungsgerechtigkeit“ sein mag, so wenig darf sie vergessen machen, dass dieser durch soziale Ungleichheit der Boden entzogen wird. Ohne soziale Emanzipation gibt es keine umfassende politische Partizipation und ohne ein größeres Maß an Verteilungs- überhaupt keine Beteiligungsgerechtigkeit. Horst Heimann betont deshalb zu Recht, dass soziale Gleichheit und Gerechtigkeit nicht voneinander zu trennen sind, sondern einander gerade bedingen: „Der Grundwert der sozialen Gerechtigkeit ist (...) ohne den Begriff Gleichheit nicht inhaltlich zu füllen. Ein Zuviel an Ungleichheit ist ein Widerspruch zur sozialen Gerechtigkeit. Wer aber von Ungleichheit nicht reden will, der sollte auch von Gerechtigkeit schweigen.“³¹

Seit einiger Zeit reklamiert die SPD das Ziel der „Zukunftsgerechtigkeit“ für sich und suggeriert damit, einer ihrer Grundwerte sei von der Gegenwart abkoppelbar. Wer heute durch eine fragwürdige Politik

²⁸ Gerhard Schröder, Das Ziel der sozialen Gerechtigkeit und die Herausforderungen moderner Demokratie, in: Konrad Deufel/Manfred Wolf (Hrsg.), Ende der Solidarität? – Die Zukunft des Sozialstaats, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2003, S. 26

²⁹ Gerd Mielke, Sozialdemokratie und Bürgergesellschaft. Anmerkungen zu einer komplizierten Beziehung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2001, S. 705

³⁰ Jürgen Kocka, Sozialdemokratische Grundwerte heute, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie (Hrsg.), Die neue SPD, a.a.O., S. 62

und Regierungspraxis die soziale Ungleichheit erhöht, verwirklicht aber erst recht keine Gerechtigkeit in der Zukunft, weil sich Probleme wie Armut, Not und Unterversorgung auf der einen bzw. Reichtum, Luxus und Verschwendung auf der anderen Seite eher kumulieren.

Das liberale Prinzip der *Leistungsgerechtigkeit* erodiert; zugleich wird das ihm komplementäre, der sozialistischen Tradition entstammende Prinzip der *Bedarfsgerechtigkeit* durch einen neoliberalen Umbau des Sozialstaates suspendiert.³² Gleichzeitig akzentuierte man auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie – dem neoliberalen Zeitgeist folgend – immer stärker die Freiheit. So konstatierte Gerhard Schröder in einem Essay zum 140. Jahrestag der Gründung seiner Partei: „Unser oberstes Leitbild ist die Freiheit der Menschen, ihr Recht auf ein Leben in Würde, Selbstbestimmung und freier Entfaltung ihrer Fähigkeiten in einem solidarischen Gemeinwesen.“³³ In seiner als „Agenda 2010“ bekannt gewordenen Regierungserklärung vom 14. März 2003 sprach Schröder nicht weniger als 18 Mal von „(Eigen-)Verantwortung“, in seiner Rede auf dem Berliner Sonderparteitag der SPD am 1. Juni 2003 sogar 19 Mal von „(Wahl-)Freiheit“. Jürgen Kocka forderte in einem „Das Wichtigste ist die Freiheit“ überschriebenen *Vorwärts*-Interview die Verringerung der Staatstätigkeiten. Es gehe um mehr Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und Teilhabe: „Staatliche Fürsorge ist nicht mehr so nötig und nicht so wünschenswert wie früher.“³⁴ Man fragt sich allerdings, wo der WZB-Präsident eigentlich lebt, sind in der Bundesrepublik doch immer mehr Menschen auf Transferleistungen angewiesen, um ihre Existenz und die ihrer Familie sichern zu können. Wie aber soll eine alleinerziehende Mutter, die nicht weiß, wie sie das Geld für eine Klassenfahrt ihres Kindes aufbringen kann, ohne das Sozialamt zu bemühen, sich selbst verwirklichen und am gesellschaftlichen bzw. politischen Leben teilhaben?

Wie man sieht, kann sich die Sozialdemokratie der neoliberalen Hegemonie schwer entziehen. Diese stellt das Gefüge ihrer Grundwerte auf eine harte Bewährungsprobe: Gefragt sind Leistungsbereitschaft und Konkurrenzfähigkeit, während soziale Gleichheit und Solidarität als überholt gelten. Die drei genannten Grundwerte stehen zwar nicht in einem Spannungsverhältnis, sondern ergänzen einander sinnvoll, lassen sich aber unterschiedlich interpretieren: Impliziert der Grundwert „Freiheit“ die Möglichkeit aller Marktteilnehmer/innen, ihre auf mehr persönlichen Wohlstand gerichteten Ziele ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl zu vertreten? Ist unter dem Grundwert „Gerechtigkeit“ zu verstehen, dass jede/r nach seiner/ihrer „Leistung“, d.h. dem individuell wahrscheinlich schwer messbaren Anteil am wirtschaftlichen Erfolg, entlohnt werden soll, oder aber, dass jede/r nach seinem/ihrer Bedarf am

³¹ Horst Heimann, Mehr Ungleichheit wagen? – Zum anhaltenden Boom der Egalitarismuskritik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2001, S. 715

³² Vgl. Birgit Mahnkopf, Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus, in: *PROKLA* 121 (2000), S. 504ff.

³³ Gerhard Schröder, Der Essay: Das Gestalten der Zukunft braucht den Mut zur Veränderung, in: *NG/FH* 5/2003, S. 7

gesellschaftlichen Reichtum beteiligt werden soll? Bedeutet der Grundwert „Solidarität“ nur, dass niemand wirklich Not leiden und verhungern darf, solange andere im Überfluss leben, oder schließt er auch Umverteilung zwischen den Gesellschaftsmitgliedern ein?

Während die Kapitaleigentümer aufgrund ihrer starken Markt- und Machtposition ohnehin über ein enormes, im Zeichen der Globalisierung weiter steigendes Maß an Handlungsfreiheit verfügen, ist der Wohlfahrtsstaat herkömmlicher Art gleichbedeutend mit einem individuellen Freiheitsgewinn. „Je stärker ein Sozialstaat den wirtschaftlichen Austausch reguliert, je mehr sozialrechtliche Gesetze er erlässt und je intensiver er die Einkommen umverteilt, desto eher ist es sozial und wirtschaftlich benachteiligten Personen möglich, frei von der notdürftigen Unterstützung anderer Privatpersonen und der ständigen Angst vor dem sozialen Abstieg das eigene Leben bis zu einem gewissen Ausmaß selbstbestimmt gestalten zu können.“³⁵ Umgekehrt wird die Freiheit durch soziale Ungerechtigkeit bzw. ungleichmäßige Verteilung von materiellen Ressourcen beschränkt. „Je größer die Unterschiede bei Einkommen und Vermögen sind, umso größer ist die Zahl derjenigen, deren soziale Lage sie nicht zu einem freien und selbstbestimmten Leben befähigt.“³⁶

In einer wohlfahrtsstaatlichen Demokratie ist Freiheit immer die Möglichkeit der Schwächsten, über ihr Leben selbst zu bestimmen, statt z.B. – unabhängig von der beruflichen Qualifikation wie der familiären Situation – jeden Arbeitsplatz annehmen zu müssen, aber gerade nicht die Möglichkeit von Begüterten und Spitzenverdienern, sich den allgemeinen Verpflichtungen zu entziehen. Wahlfreiheit kann nicht heißen, dass sich junge, gut verdienende und gesunde Arbeitnehmer/innen durch die Option für preiswerte Spezialtarife ihrer Krankenkasse aus der sozialen Verantwortung stehlen. Vielmehr muss Wahlfreiheit darin bestehen, dass sich Alleinerziehende für Teilzeitarbeit entscheiden können, ohne dadurch noch Jahrzehnte später gravierende Nachteile bei der Bemessung ihrer Altersrente zu haben.

Rot-grüne Regierungspraxis und sozialdemokratische Prinzipien im Widerstreit

Gotthard Breit weist darauf hin, dass viele Menschen unter sozialer Gerechtigkeit ein hohes Maß an sozialer Gleichheit verstehen, und zieht daraus den Schluss: „Um die Akzeptanz der Regierungspolitik in der Bevölkerung herzustellen, muss ‚soziale Ungleichheit‘ ihre negative Bewertung verlieren. Daher

³⁴ Jürgen Kocka, „Das Wichtigste ist die Freiheit“. Ein Gespräch über die Grenzen des Sozialstaats und das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit, in: Vorwärts 7-8/2003, S. 9

³⁵ Andreas Wimmel, Sind sozialpolitische Interventionen aus liberaler Perspektive wertvoll? – Thesen zum Spannungsverhältnis von persönlicher Freiheit und sozialer Sicherheit in modernen Wohlfahrtsstaaten, in: Zeitschrift für Politik 1/2003, S. 69

³⁶ Oskar Lafontaine, Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft, Berlin 2005, S. 260

gibt es Bemühungen, einer neuen Bewertung von sozialer Ungleichheit den Weg zu ebnen und sie so mehrheitsfähig zu machen.“³⁷ Seit die Debatte zum „Umbau“ des Sozialstaates, bezogen auf die Konzepte der Hartz- wie der Rürup-Kommission und Gerhard Schröders *Agenda 2010*, während des Jahres 2003 in eine Grundsatzdiskussion über die programmatischen Ziele und die Zukunft der SPD übergang, standen die sozialdemokratische Parteitradition, die (Interpretation der) Grundwerte und der Schlüsselbegriff „Demokratischer Sozialismus“ zur Disposition. Führende Sozialdemokraten gaben nunmehr immer deutlicher zu erkennen, dass sie im Rahmen der Auseinandersetzungen über ein neues Grundsatzprogramm, welches ursprünglich im Herbst 2005 (1 Jahr vor der regulären Bundestagswahl) verabschiedet werden sollte, „ideologischen Ballast“ abwerfen und ihre Partei noch stärker als bisher in der bürgerlichen Mitte verankern wollten.

Dass die *Agenda 2010* mit dem herkömmlichen sozialdemokratischen Gerechtigkeitsbegriff schwer vereinbar war, räumte Thomas Meyer – wenngleich etwas verklausuliert – ein: „Eine Begründung der Agenda nach Gerechtigkeitskriterien lässt sich mit den (...) Kernelementen des Gerechtigkeitsbegriffs im sozialdemokratischen Grundsatzprogramm nicht stützen.“³⁸ Meyer fürchtete sogar, dass sich der Widerspruch zwischen dem Legitimationsanspruch und der Regierungspraxis seiner Partei verschärfen werde, falls diese daran festhalte. Er wandte sich gegen Versuche, aus der Not eine Tugend zu machen und den Begriff „soziale Gerechtigkeit“ selbst zur Disposition zu stellen, wie gegen Tendenzen zur „opportunistische(n) Anpassung des Gerechtigkeitskonzepts an eine ohne sein Mitwirken entstandene Realität“, lehnte eine grundlegende Revision der Praxis jedoch entschieden ab und schob die Schuld an der wachsenden Kluft zwischen Regierungspraxis und Parteiprogrammatik klar der Letzteren zu: „So eindimensional, wie der Gerechtigkeitsbegriff im (Berliner; *Ch.B.*) Grundsatzprogramm gefasst ist, leistet er unter den gegenwärtigen Handlungsbedingungen eher einen Beitrag zur *Entlegitimierung wichtiger Teile der rot-grünen Regierungspolitik*.“³⁹

Thomas Meyer, der die eher hinter verschlossenen Türen geführte Diskussion über das neue SPD-Parteiprogramm maßgeblich beeinflusste, verwarf einen „pauschalen und linearen Egalitarismus“ und plädierte für einen „mehrdimensionalen“ Gerechtigkeitsbegriff, weil dieser der Komplexität moderner Gesellschaften angemessener sei. Auf der Basis eines modifizierten Gerechtigkeitsbegriffs und einer nicht unkomplizierten Argumentation legitimierte Meyer den Regierungskurs: „Im Hinblick auf die langfristige Gewährleistung sozialer Grundsicherung, einer Verbesserung der Chancengleichheit durch Investitionen und Reformen im Bildungsbereich und die Verbesserung der in mehrfacher Hinsicht zentralen Dimension Inklusion auf den Arbeitsmarkt kann die Agenda 2010 in der Substanz als ein

³⁷ Gotthard Breit, „Soziale Ungleichheit“ heute?, in: Politische Bildung 4/2004, S. 131

³⁸ Thomas Meyer, Die Agenda 2010 und die soziale Gerechtigkeit, in: PVS 2/2004, S. 184

³⁹ Ebd. (Hervorh. im Original)

Versuch zur Verbesserung der Gerechtigkeitsbilanz der Bundesrepublik gewertet werden.“⁴⁰ Somit reduzierten sich Akzeptanzschwierigkeiten auf bloße Vermittlungsprobleme, in Meyers Worten: „das fast völlige Ausbleiben eines öffentlichen Begründungsdiskurses, in dem die Verantwortlichen hätten deutlich machen können, welche Maßstäbe sie zugrunde legen, worin der normative Zusammenhang zwischen den einzelnen Projekten besteht und welche Ziele sie mit dem Projekt verfolgen.“⁴¹ Man hatte den Wähler(inne)n das großartige, in sich stringente und für die Menschen eigentlich plausible Reformwerk also nur nicht gut genug erklärt. Frank Pilz bemerkt zu dieser bei Politikern der SPD und der Bündnisgrünen häufig anzutreffenden Position: „Wer die Umsetzung von Reformmaßnahmen auf ein ‚Vermittlungsproblem‘ reduziert, demonstriert nicht nur Realitätsferne, sondern verzichtet auch auf eine überzeugende Begründung der Notwendigkeit und der Ausrichtung der Reformen.“⁴²

Da die rot-grüne Regierungspraxis dem Berliner Grundsatzprogramm der SPD, insbesondere seiner Vision von einem demokratischen Sozialismus, immer weniger entsprach, hätte sie ihm eigentlich stärker angeglichen werden müssen. Gerhard Schröder und der seinerzeit von ihm als Generalsekretär ins Willy-Brandt-Haus geholte Olaf Scholz bemühten sich umgekehrt darum, die Partei selbst und ihre Prinzipien der Regierungspolitik anzupassen: Grundwerte wie die soziale Gerechtigkeit und einen Leitbegriff wie „demokratischer Sozialismus“ erklärte man für antiquiert, interpretierte sie um oder relativierte sie auf andere Weise.

Unter der Überschrift „Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert“ legte Scholz am 16. Juli 2003 beim „Programmdialog Gerechtigkeit. Antworten auf eine alte Frage“ im Berliner Willy-Brandt-Haus 13 Thesen für die Umgestaltung des Sozialstaates und die Zukunft sozialdemokratischer Politik vor. Darin plädierte der SPD-Generalsekretär für die Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs, der zu sehr auf Verteilungsgerechtigkeit gemünzt gewesen sei, was sich aufgrund der Globalisierung ändern müsse. Hierbei verdiene vor allem der Zusammenhang von Freiheit und Gerechtigkeit, die sich wechselseitig bedingten, mehr Aufmerksamkeit: „Gerecht ist“, meinte Scholz, „was Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es selbst gerne gestalten möchten.“⁴³ Folglich hätten Sozialdemokrat(inn)en an der Regierung die Aufgabe, dafür geeignete Voraussetzungen zu schaffen. Die beiden Politikfelder, wo darüber entschieden werde, ob die Gesellschaft (fast) allen Menschen ausreichende Teilhabechancen biete, sind Scholz zufolge Bildung und Arbeit: „Auf diesen Gebieten

⁴⁰ Ebd., S. 188

⁴¹ Siehe ebd.

⁴² Frank Pilz, *Der Sozialstaat. Ausbau – Kontroversen – Umbau*, Bonn 2004 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 452), S. 227

⁴³ Olaf Scholz, *Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert*, a.a.O., S. 15

vor allem erweist sich der Gerechtigkeitsgrad unseres Gemeinwesens, auf diesen Gebieten müssen Sozialdemokraten heute ihrem emanzipatorischen Anspruch und Erbe gerecht werden.“⁴⁴

Es fällt auf, dass Scholz mit diesem Gerechtigkeitsbegriff nur noch auf den Zugang zur Lohnarbeit und zur Bildung (verstanden als Qualifikation, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können) abzielte, während er die Kapitalseite, Finanzmagnaten und Großaktionäre aus ihrer sozialen Verantwortung entließ und von jeglicher Verpflichtung (etwa zum Teilen ihres Reichtums mit anderen) freistellte. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der im Unterschied zu Schröder und seinem Generalsekretär am Reizwort „demokratischer Sozialismus“ festhielt, wies jedoch darauf hin, „dass Vollbeschäftigung (allgemeine Teilhabe am Arbeitsleben) nicht ohne Umverteilung und Verteilungsgerechtigkeit hergestellt werden kann.“⁴⁵ Dafür nannte Thierse in erster Linie makroökonomische Gründe: „Dauerhafte Vollbeschäftigung bedarf eines ‚Produktivitätspaktes‘ zwischen Kapital und Arbeit. Nur die Beteiligung der Beschäftigten an den Produktivitätsfortschritten und am Wachstum kann über eine Ausweitung der Gesamtnachfrage langfristig verhindern, dass das Arbeitsvolumen stetig sinkt.“⁴⁶

Damit die Menschen ihre eigenen Pläne verfolgen können, brauchen sie nach wie vor Geld, das sie im Falle der Erwerbslosigkeit als soziale bzw. Entgeltersatzleistung vom Staat erhalten müssen. Dies gilt auch für die von Scholz emphatisch geforderten Chancen auf Teilhabe an Bildung und Arbeit. Denn ohne ausreichende materielle Unterstützung bleibt die Möglichkeit, etwa an Weiterbildungskursen mit dem Ziel verbesserter Arbeitsmarktchancen teilzunehmen, ein leeres Versprechen. Hans-Jürgen Urban hegte den begründeten Verdacht, dass die Entwertung der *Verteilungsgerechtigkeit* durch führende Sozialdemokraten nicht zuletzt dem Ziel diene, sich unliebsamer Maßstäbe zur Bewertung der eigenen (Regierungs-)Politik zu entledigen.⁴⁷

Der moderne Sozialstaat darf Scholz zufolge weder die wirtschaftliche Dynamik beeinträchtigen noch den Zugang möglichst vieler Gesellschaftsmitglieder zu Bildung und Arbeit behindern, was er jedoch in der Vergangenheit – so lautet zumindest der implizite Vorwurf – versäumt haben soll: „Nur ein auf Prävention und Chancengleichheit setzender Sozialstaat kann unter den veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Gerechtigkeit gewährleisten.“⁴⁸ Florian Gerster, seinerzeit Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, fragte in der *Welt* rhetorisch, wie viel Sozialstaat „wir“ uns noch leisten könnten, und gab zur Antwort: „Ohne Schaden für Beschäftigung und wirtschaftliche

⁴⁴ Ebd., S. 16

⁴⁵ Wolfgang Thierse, Die Sozialdemokratie muss dem Mainstream widerstehen. Die Freiräume der Menschen dürfen nicht der Privatisierung und Kommerzialisierung zum Opfer fallen, in: FR v. 12.9.2003

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Vgl. Hans-Jürgen Urban, Eigenverantwortung und Aktivierung – Stützpfeiler einer neuen Wohlfahrtsarchitektur?, a.a.O., S. 471

Dynamik deutlich weniger als heute. (...) Das bedeutet Rückbau des Sozialstaats, Teilhabegerechtigkeit und Mindestabsicherung statt materieller Umverteilung.“⁴⁹ Allerdings unterschlug Gerster, dass die Bundesrepublik so reich wie nie war und ihre Volkswirtschaft sich trotz konjunktureller Rückschläge als „Exportweltmeister“ präsentierte. Von der Notwendigkeit, „den Gürtel enger zu schnallen“, kann eigentlich nur die Rede sein, wenn man die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes ausblendet.

Debatten über die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums waren nach Meinung des auf dem Bochumer Bundesparteitag im November 2003 nur mit knapper Mehrheit wiedergewählten und im März 2004 durch Klaus Uwe Benneter als SPD-Generalsekretär abgelösten Scholz deshalb nicht mehr von zentraler Bedeutung, weil der Sozialstaat „bereits ein sehr weitgehendes Niveau der Umverteilung materieller Ressourcen und Einkommen erreicht“ habe.⁵⁰ Armut, die in unserer Gesellschaft – ganz besonders unter jungen Menschen – wächst,⁵¹ wird völlig ignoriert, und die Verteilungsverhältnisse erklärt man für weitgehend irrelevant, obwohl oder gerade weil sie dem Gebot sozialer Gerechtigkeit heute mehr denn je seit 1945 zuwiderlaufen.

Der frühere niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel bemerkte immerhin, „dass es auch heute noch um Verteilungs- und damit um Machtfragen geht.“⁵² Gleichzeitig warnte er davor, Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit, die für ihn zwei Seiten der gleichen Medaille bilden, gegeneinander auszuspielen. Nötig sei zwar eine Veränderung sowohl der praktischen Politik (durch die *Agenda 2010*) wie auch der sozialdemokratischen Programmatik (durch die „Neubestimmung der Balance zwischen individueller und gesellschaftlicher Freiheit und Verantwortung“), dafür brauche man jedoch weder neue Grundwerte noch einen Identitätswechsel der SPD: „Wenn der Wind sich dreht, dann müssen wir die Segel anders stellen, aber nicht den Kompass über Bord werfen.“⁵³

Das sah Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ganz ähnlich. Die Stellvertretende SPD-Vorsitzende beharrte in der Diskussion darauf, dass es nach wie vor sowohl hierzulande als auch global, im Verhältnis von Nord zu Süd, aber auch zwischen Mann und Frau „eklatante und teils neu aufbrechende und gefährliche Ungerechtigkeiten“

⁴⁸ Olaf Scholz, *Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert*, a.a.O., S. 19

⁴⁹ Florian Gerster, *Die neue Sozialstaatsfrage. Fürsorge muss auch vom Machbaren abhängen, nicht nur vom Wünschbaren für den Einzelnen*, in: *Die Welt* v. 2.9.2003

⁵⁰ Siehe Olaf Scholz, *Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert*, a.a.O.

⁵¹ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge u.a., *Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich*, 2. Aufl. Wiesbaden 2004; ders./Michael Klundt/Matthias Zeng, *Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland*, Wiesbaden 2005

⁵² Siehe Sigmar Gabriel, *Die Akkus nicht entladen und den Kompass nicht wegwerfen. Anmerkungen zur Debatte um den Begriff des „demokratischen Sozialismus“ in der SPD*, in: *FR* v. 23.8.2003

⁵³ Ebd.

gebe: „Eine Partei, die den Anspruch erhebt, auch in internationalen Bezügen zu denken, und die ihre Identität mit den Namen von Willy Brandt und Olof Palme verbindet, darf die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, auch Verteilungsgerechtigkeit, nicht als erledigt betrachten.“⁵⁴ Zweifellos kann die Frage der Gerechtigkeit heute nicht mehr von ihrer globalen Dimension getrennt, sondern nur dann richtig beantwortet werden, wenn man den Nord-Süd-Konflikt löst bzw. die Spaltung zwischen der sog. Ersten und Dritten Welt beseitigt. Die ethnozentrische Verkürzung der Gerechtigkeitsdiskussion lässt sich aufheben, sofern neben der internen auch die externe Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigt wird. „Eine Gesellschaft ist extern gerecht, wenn sie nicht die Entwicklung anderer Gesellschaften, beispielsweise durch Ausbeutung ihrer Ressourcen und Menschen oder durch unfaire Handelsregeln be- oder verhindert.“⁵⁵ Werte wiederum, meinte Wieczorek-Zeul, dürfe man nicht wechseln wie das Hemd oder einfach umdefinieren. Mehr soziale Gleichheit bzw. Verteilungsgerechtigkeit bilde die Grundlage für Teilhabechancen benachteiligter Gesellschaftsschichten: „Je ungerechter Reichtümer und Einkommen verteilt sind, desto schwieriger wird der Zugang zu Bildung und Arbeit.“⁵⁶ Damit sprach Wieczorek-Zeul die oft übersehene Tatsache an, dass ein hohes Maß an Gleichverteilung von materiellen Gütern, d.h. an sozialer Verteilungsgerechtigkeit, in einer Gesellschaft die entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass sie möglichst vielen ihrer Mitglieder die Möglichkeit zur Integration und Partizipation bieten kann.

⁵⁴ Heidemarie Wieczorek-Zeul, Werte wechseln wie das Hemd? – SPD muss für Verteilungsgerechtigkeit stehen, in: FR v. 19.9.2003

⁵⁵ Silvia Staub-Bernasconi, Gerechtigkeit und sozialer Wandel, in: Werner Thole u.a. (Hrsg.), Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Soziale Gerechtigkeit in der Gestaltung des Sozialen, Wiesbaden 2005, S. 82

⁵⁶ Heidemarie Wieczorek-Zeul, Werte wechseln wie das Hemd?, a.a.O.